



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Oktober 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 397 Postulat Hauser Patrick und Mit. über die Umsetzung von Public Corporate Governance im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 397 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Patrick Hauser hält an der Dringlichkeit fest.

Patrick Hauser: Das Thema hat ein ausserordentlich hohes politisches Gewicht, sodass die Öffentlichkeit die umgehende Stellungnahme des Kantonsrates erwartet. Das Thema ist in den letzten Monaten im Zusammenhang mit den Subventionsfragen bereits mehrfach angetönt worden. Die Auseinandersetzung mit der Frage war aber immer rückwärtsgerichtet. In meinem Vorstoss geht es darum, den Blick nach vorn zu richten. Das Thema wird mit dem baldigen Erscheinen des Gutachtens, welches der Stadtrat Luzern in Auftrag gegeben hat, wieder an Brisanz gewinnen. Das Anliegen verträgt keinen Aufschub, weil es in einer späteren Session wegen des Zeitablaufs gegenstandslos würde. Die Wahlperiode des aktuellen Verbundrates endet Ende nächsten Jahres. Die Fragen müssen also umgehend angegangen werden, um die Neubesetzung vorbereiten zu können. Das Anliegen kann nicht mit einem ordentlich traktandierten Geschäft eingebracht werden. Das Anliegen tangiert kein laufendes Verfahren, da es keine Fragen der Vergangenheit oder Gegenwart betrifft. Das Anliegen fällt zudem in den Zuständigkeitsbereich des Kantons Luzern. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Das Anliegen ist wichtig. Public Corporate Governance ist eine Daueraufgabe, und wir müssen immer wieder bei den ausgelagerten Institutionen hinschauen. Das werden wir auch hier tun. Das Anliegen ist aber nicht dringlich und kann in einer späteren Session behandelt werden. Wir werden den Vorstoss aber bald beantworten. Ich bitte Sie daher, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.